

11. Mai 2007

medien heft

Gewandelte Redaktionsfunktionen

Arbeitsweisen des Printjournalismus im 21. Jahrhundert

Claudia Riesmeyer

Der redaktionelle Alltag und die Arbeitsweisen des Journalismus wandeln sich seit einigen Jahren zunehmend: Newsdesks werden eingerichtet und die traditionellen Ressorts abgeschafft, Redaktoren trotz eines steigenden Arbeitsaufwands entlassen und die originären journalistischen Funktionen gegenüber technisch-administrativen Aufgaben zurückgestellt. Nicht wandelbar sind jedoch die rechtlich-funktionalen Bedingungen, welche die Grundlage des journalistischen Handelns bilden.

Das Besondere des Journalismus liegt in seinen Funktionen, die er in repräsentativen Demokratien wie in Deutschland wahrzunehmen hat. Demnach sollen Journalisten Informationen von öffentlichem Interesse vermitteln, Kritik und Kontrolle ausüben und über ihre Berichterstattung die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Diese Funktionen bedeuten für den einzelnen Journalisten eine grosse Verantwortung, denn die Massenmedien bilden die wichtigste Informationsquelle in öffentlichen Angelegenheiten. Aus den genannten Funktionen ergibt sich das Leitbild des Journalismus: Der Journalist soll unabhängig und unbeeinflusst seine Funktionen ausüben können. Aus vielfältigen Informationsquellen soll eine vielfältige Berichterstattung entstehen, um eine freie Meinungsbildung zu gewährleisten.

So weit die Theorie. In der Praxis zeigt sich, dass diese Unabhängigkeit nur bedingt zu finden ist. Denn gemäss Barbara Baerns (1991: 98) lässt sich der Journalismus Themen und Timing häufig von Public Relations vorgeben. Überhaupt werden Journalisten in ihrer alltäglichen Arbeitssituation von diversen Faktoren beeinflusst, so dass die geforderte Unabhängigkeit der Berichterstattung als normatives Konstrukt gesehen werden muss. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung verschärft sich die Brisanz dieser These. Immer mehr Journalisten verlieren ihren Arbeitsplatz, und die in den Redaktionen verbleibenden Journalisten müssen deren Aufgaben mit erfüllen. Zudem sind 2006 die Textumfänge lokaler und regionaler Tageszeitungen im Schnitt um

Impressum

Medienheft (vormals ZOOM K&M), ISSN 1424-4594

Herausgeber: Katholischer Mediendienst, Charles Martig; Reformierte Medien, Urs Meier

Redaktion: Judith Arnold, Adresse: Medienheft, Badenerstrasse 69, Postfach, CH-8026 Zürich

Telefon: +41 44 299 33 11, Fax: +41 44 299 33 91, E-Mail: redaktion@medienheft.ch, Internet: www.medienheft.ch

kostenloser Bezug via Internet oder Mailingliste; Bezug der Medienheft Dossiers (zwei Ausgaben pro Jahr) im Abonnement inkl. Versand und exkl. MwSt. SFr. 30.-- (Ausland SFr. 35.--)

3,4 Prozent gestiegen (vgl. BDZV 2007: 1). Den Journalisten steht dadurch weniger Zeit für Recherchen zur Verfügung, stattdessen wirken sie häufiger an der Verwaltung und Organisation der Redaktion mit. Der Journalistenberuf erfährt eine Entwertung, die mit einem "schleichenden Qualitätsverlust der Medienprodukte" korrespondiert (Lungmus 2006: 18). Dieser Wandel des redaktionellen Umfelds beinhaltet die Frage nach den Konsequenzen. Wie müssen, wie können Journalisten agieren, um ihre Funktionen zu erfüllen? Vor welchen Anforderungen stehen sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts? Wie sieht ihre Zukunft aus? Wie zufrieden sind sie mit ihrem Beruf, wie beschreiben sie ihre Lebensqualität? Und führt der Wandel des Journalismus zu einer geänderten Funktionswahrnehmung und -ausübung?

Um die Rahmenbedingungen und damit die Zwänge der journalistischen Informationsproduktion zu verdeutlichen, hat Siegfried Weischenberg ein Modell entwickelt, das die journalistischen Kontexte benennt. Sein so genanntes "Zwiebelmodell" unterscheidet zwischen dem Normen-, Struktur-, Funktions- und Rollenkontext (vgl. Weischenberg 1998: 71). Alle vier Kontexte beeinflussen die Arbeitsweise, das Rollenverständnis sowie die sozialen und politischen Einstellungen der Journalisten.

Rechtlich-funktionale Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Grundlagen der Medien allgemein und der Presse im Besonderen sind – bedingt durch die föderale Struktur der Bundesrepublik und die negativen Erfahrungen aus der nationalsozialistischen Diktatur – sehr vielfältig. Neben dem Grundgesetz (GG) bestimmen unter anderem die Landespressegesetze (LPG) und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die journalistische Arbeit.

Journalismus soll unabhängig von äusseren Beeinflussungen, beispielsweise aus Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft, Öffentlichkeit herstellen. Dies manifestiert die Pressefreiheit, die auf der Informations- und Meinungsfreiheit beruht. Der Paragraph drei LPG verpflichtet die Presse zur Information, Kritik, Kontrolle und Meinungsbildung. Wie diese Funktionen in der Praxis umgesetzt werden sollen, klären die Landespressegesetze nicht. Vielmehr konkretisiert die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in verschiedenen Urteilen diese öffentliche Aufgabe, vor allem im Zusammenhang mit der Bedeutung der Presse für die Meinungsbildung der Bürger:

Das Bundesverfassungsgericht betont im *Lüth-Urteil 1958*, dass der ungehinderte Kampf der Meinungen ein Wesenselement eines freiheitlich-demokratischen Staates sei (vgl. BVerfGE 1958: 208). Davon ist auch die Presse betroffen, da die Grundlage ihrer öffentlichen Aufgabe der Austausch der Meinungen in der Bevölkerung ist. Erst wenn dieser gewährleistet ist, kann sie ihrer Meinungsbildungsfunktion nachkommen, was das Bundesverfassungsgericht im *Spiegel-Urteil 1966* noch einmal herausgearbeitet hat. Demnach besteht die öffentliche Aufgabe des Journalismus in der Verbreitung von umfassenden Informationen und der Weiterleitung von Meinungen und Stellungnahmen. Die Presse setzt eine öffentliche Diskussion und einen Gedankenaustausch in Gang und bildet eine Orientierungsgrösse, indem sie alle gesellschaftlichen Meinungen sowie Argumente und Gegenargumente publiziert, so dass die Rezipienten diese mit ihrer eigenen Auffassung vergleichen können. Nur so können die Bürger politische Entscheidungen treffen und ihre Meinung beispielsweise in Wahlen öffentlich bekunden. Das Bundesverfassungsgericht sieht in der Presse ein "ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung" (BVerfGE 1966: 175).

Voraussetzungen für die Funktionserfüllung sind neben dem Verbot der Zensur und der Lenkung der Presse durch eine öffentliche Gewalt ihre freie Bildung: "So wichtig die damit der Presse zufallende öffentliche Aufgabe ist, so wenig kann diese von der organisierten staatlichen Gewalt erfüllt werden. Presseunternehmen müssen sich im gesellschaftlichen Raum frei bilden können" (BVerfGE 1966: 175). Daraus ableitend ist der Berufszugang ebenso wenig reglementiert wie die Gründung von Presseunternehmen, wobei das Bundesverfassungsgericht die für die Presse vorgesehene Organisationsform nennt. Sie soll nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten und ebenso aufgebaut sein. Damit verbunden ist eine geistige und wirtschaftliche Konkurrenz der Unternehmen untereinander, die keinerlei öffentlicher Gewalt untergeordnet sein soll.

Ökonomie als Determinante medialer Informationsleistung?

Mit seinen Formulierungen legt das Bundesverfassungsgericht einen Einflussfaktor fest: die privatwirtschaftliche Organisation der Presse und damit die wirtschaftliche Konkurrenz. Presseunternehmen müssen sich auf zwei Märkten behaupten – dem wirtschaftlichen Markt und dem Lesermarkt: Sie müssen rentabel arbeiten, Gewinne erzielen und zugleich Leser gewinnen und halten. Seit 2000 gerät das Ziel der wirtschaftlichen Rentabilität ins Schwanken, da die Printprodukte (und hier vornehmlich die Zeitungen) aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik immer weniger Anzeigen verkaufen und diese Verluste nicht durch Vertriebs Erlöse ausgeglichen werden können. Die Faustregel, nach der zwei Drittel der Umsätze mit Anzeigen und Werbung, ein Drittel aus dem Verkauf stammen, gilt nicht mehr. "Im Jahr 2005 stammten 53 Prozent der Erlöse aus dem Anzeigengeschäft, 47 Prozent aus dem Vertriebsgeschäft" (Pasquay 2007: 6).

Die Vertriebs Erlöse können diese Verschiebung aber nur bedingt auffangen. Mehr Leser als früher verzichten auf ihre Tageszeitung. Die Auflage sinkt seit Jahren kontinuierlich (vgl. ebd. S. 10). Um diese Verluste auszugleichen, suchen Presseunternehmen nach Sparmöglichkeiten. Sie streichen Zeitungsteile, entlassen Mitarbeiter und lagern Redaktionsteile aus. Die Beispiele für ein solches Vorgehen sind vielfältig: Die Süddeutsche Zeitung stellte 2003 ihren NRW-Lokalteil und die Beilage "jetzt" ein, die Frankfurter Rundschau entliess seit 2001 rund 500 Journalisten (vgl. Lungmus 2003: 26).

Diese Situation bedeutet für die verbleibenden Journalisten verschärfte Arbeitsbedingungen. Sie leisten Überstunden, übernehmen berufsfremde Arbeiten, haben weniger Zeit für die Recherche, die eigene Entfaltung, Reflexion und Weiterbildung. Dies kann wiederum einen Qualitätsverlust der eigenen Arbeit und letztlich der Zeitung mit sich führen (vgl. Ehrhardt 2004: 9). Ein Volontär müsse "unbezahlte Mehrarbeit, untertarifliche Standards beispielsweise durch Outsourcing oder Leiharbeit, Verweigerung von geregelter Aus- und Weiterbildung, Behinderung gewerkschaftlichen Engagements, systematisch geschürte Angst um den Arbeitsplatz" (Kaiser 2005: 25) in Kauf nehmen.

Zudem ist die deutsche Zeitungslandschaft durch eine ausgeprägte Pressekonzentration gekennzeichnet, deren Ursachen Manfred Knoche (1997: 153) auf die "privatwirtschaftliche Organisationsform und ihr darauf basierendes Konkurrenzverhalten" zurückführt. Zwar erscheinen in der Bundesrepublik 1529 verschiedene Zeitungstitel, diese werden jedoch lediglich von 137 Vollredaktionen herausgegeben (vgl. Pasquay 2007: 4). Und hinter diesen Vollredaktionen stehen nur fünf grosse Verlagsgruppen: der Axel Springer Verlag, die WAZ-Gruppe, Essen, die Verlagsgruppe Stuttgarter Zeitung/ Die Rheinpfalz/ Südwest Presse, die Ippen-Gruppe sowie die Verlagsgruppe DuMont

Schauberg, Köln. Alle fünf Verlagsgruppen gemeinsam hatten 2006 bei den Tageszeitungen einen Marktanteil von 41,3 % (vgl. Röper 2006: 284). Dass eine Vielzahl an Zeitungstitel nicht zwingend eine publizistische Vielfalt birgt, ist eine These, die seit den 70er Jahren in der deutschen Kommunikationswissenschaft kontrovers diskutiert wird. Manfred Knoche und Winfried Schulz (1969: 307) schätzen beispielsweise die Folgen der Pressekonzentration für die Arbeitsweise der Journalisten kritisch ein. Sie stellen fest, dass Monopolzeitungen weniger stark Kritik- und Kontrollfunktion ausüben.

Die wirtschaftliche Situation hat also nicht nur Auswirkungen für den einzelnen Journalisten und seine Arbeitsbedingungen, sondern auch für den gesamten Pressemarkt und damit die journalistische Funktionserfüllung. "Die Zusammenfassung vieler Zeitungen in einer Hand ermöglicht eine Manipulierung der öffentlichen Meinung", stellt Heck (1968: 701) den Zusammenhang zwischen Marktstellung und Funktionsausübung her. Zu einem ähnlichen Schluss kommt Graham Murdock (1994: 4): *"This degree of concentration is problematic for open democracy since it means that a handful of firms decide on the mix of information, expression and debate that the major media make available to a sizeable section of the citizenry."* Die Presse müsse ihre öffentliche Aufgabe zwangsläufig verfehlen, womit eine Gefährdung der Demokratie einhergehe. Diese Auffassung vertritt Dean Alger (1998: 20), wenn er erklärt: *"If a few megamedia corporations control most of the major print, broadcast, cable and other media that most of the public relies on as their main sources of information, opinion and creative expression, then this fundamental pillar of democracy is likely to be seriously weakened."*

Der Journalist als Handelnder

Den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Krise (und der davon ausgelösten Medienkrise) und den Auswirkungen auf den Journalisten als Handelnden verdeutlicht ein Blick auf die aktuellen Beschäftigungszahlen: Laut der Studie "Journalismus in Deutschland 2005" arbeiten seit 1993 rund 5000 Personen weniger hauptberuflich als Journalisten (vgl. Weischenberg et al. 2006: 349). Rund 48'000 Personen verdienen heute als fest angestellte oder freie Journalisten mindestens die Hälfte ihres monatlichen Einkommens mit journalistischen Tätigkeiten. Als Grund für die Entlassungen nennt die Forschungsgruppe: "Im Journalismus wird gespart. Möglichst viele Arbeiten müssen vom fest angestellten Personal erledigt werden und die Arbeit der Freien wird oft äusserst knapp bezahlt" (ebd. S. 350). Diese gewandelte berufliche Situation wirft die Frage nach der Arbeitszufriedenheit der Journalisten auf.

Eine Befragung zeigt, dass Journalisten grundsätzlich mit dem Arbeitsklima in der Redaktion und dem Verhältnis zu den Kollegen zufrieden sind. Was jedoch die Wahrnehmung der journalistischen Funktionen betrifft, so zeigt sich ein anderes Bild: Kritisch sehen Journalisten die für Recherchen zur Verfügung stehende Zeit. Nur 48,4 Prozent sind mit der Erfüllbarkeit dieser Aufgabe zufrieden. Auch der tägliche Arbeitsumfang wird von den Journalisten als Belastung empfunden. Geringe Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung und kaum vorhandene Aufstiegsmöglichkeiten bestärken das negative Bild (vgl. ebd. S. 355). Die journalistischen Tätigkeiten sind nach Weischenberg et al. "rationalisiert worden" (ebd. S. 354). Zwar können die Journalisten inzwischen mehr Zeit für das Redigieren und Verfassen eigener Texte verwenden. Um 23 Minuten auf knapp zwei Stunden täglich ist aber die Zeit gesunken, welche die Journalisten für die Informationsrecherche nutzen können. Deutlich gestiegen ist der Anteil der organisatorischen, verwaltenden und technischen Aufgaben (vgl. ebd.).

Diese Arbeitssituation bestätigen die Leitfadeninterviews von vier Redaktoren der "Thüringer Allgemeine", ergänzt durch zwei einwöchige teilnehmende Beobachtungen im Herbst 2004: Ein Teil der Journalisten gab an, dass ihnen durch die vielfältigen administrativen Aufgaben der Redaktionsverwaltung Zeit für die primären journalistischen Aufgaben wie das Recherchieren von Themen fehle. Dies zeigt sich vor allem in der Lokalredaktion Erfurt der "Thüringer Allgemeine". Auf dem dortigen Redaktionsleiter lastet die Verantwortung für den gesamten Lokalteil. Als Gatekeeper ist er die Schlüsselfigur der Redaktion. Er sortiert und selektiert beispielsweise eingehende Informationsquellen, entscheidet über die Art und Weise der Publikation und plant das Seitenlayout. Seinen Beruf sieht er vorrangig als eine "Verwaltungstätigkeit" an (zit. nach Riesmeyer 2006: 197). Die Fülle seiner Tätigkeiten schränke den Raum für "das eigene journalistische Schreiben" (ebd. S. 198) ein. Nehme er sich die Zeit für eine (langfristige) Recherche und das selbständige Verfassen eines Artikels, leide seine Leistungsfähigkeit darunter, da er die übrigen Aufgaben der Redaktionsverwaltung, -organisation und -leitung ebenfalls erfüllen müsse. Eine kurzfristige Nachfrage sei für ihn noch eher möglich als eine langfristige Themenrecherche. Die Funktionsfülle und sein eigener Qualitätsanspruch an seine journalistische Arbeit würde ihn zu Überstunden zwingen. Seine Freizeit mit der Familie käme dabei häufig zu kurz.

Für den Lokalchef der "Thüringer Allgemeine" ist dies ein Grund, warum Kollegen sich gegen die Versetzung in eine Lokalredaktion wehren, da ihnen an der Spitze des Lokalressorts weniger Zeit für das journalistische Arbeiten bleibe. Seine Tätigkeit empfinde er nicht als abwechslungsreich, vielmehr herrsche eine tägliche "Gleichförmigkeit" und "Monotonie" (ebd.) der Arbeitsabläufe vor. Seine Stellvertreterin bestätigt dieses Bild vom Lokaljournalismus: Übernimmt sie die Aufgaben des Redaktionsleiters, fehle auch ihr die Zeit für langfristige Recherchen. Zudem hebt auch sie hervor, dass der Beruf aufgrund seiner Arbeitszeiten nicht familienfreundlich sei. Darauf weisen auch die stellvertretende Leiterin der Landesredaktion der "Thüringer Allgemeine" und der Leiter der Lokalredaktion Erfurt hin (vgl. Riesmeyer 2006: 198).

Es wird aber auch deutlich, dass die Redaktionsfunktionen im Zusammenhang mit dem Ressort gesehen werden müssen. Zwei Redakteure der Landesredaktion Thüringen der "Thüringer Allgemeine" haben dieselben Redaktionsfunktionen als Redaktionsleiter und stellvertretende Redaktionsleiterin inne. Und auch sie sehen ihre vornehmliche Aufgabe in der Berichterstattung und Themenrecherche. Im Gegensatz zu den Lokaljournalisten nennen sie aber erst an nachgeordneter Stelle die Aufgaben der Redaktionsverwaltung (vgl. Riesmeyer 2006: 199).

Handlungsrelevant sind aber auch die Rollenselbstbilder. Sahen sich die Journalisten früher als Kritiker von Missständen (vgl. Köcher 1985), hat sich ihre Rollenwahrnehmung gewandelt (vgl. Weischenberg et al. 1994: 160). Laut der Studie "Journalismus in Deutschland 2005" dominiert der Informationsjournalismus die Berufsrollen. Die Journalisten wollen in der Mehrzahl ihr Publikum "möglichst neutral und präzise informieren und komplexe Sachverhalte erklären und vermitteln" (Weischenberg et al. 2006: 356). Erst an zweiter Stelle rangieren Beschreibungen, die sich mit dem "politischen Journalismus" (ebd.) verbinden lassen. Hier finden sich Berufsrollen wie der "Kritiker von Missständen". Weniger Zustimmung finden Rollen wie der "anwaltschaftliche Journalismus". Das dritte Feld fasst Charakterisierungen zusammen, die Weischenberg et al. dem "Ratgeber-, Service- und Unterhaltungsjournalismus" zurechnen (vgl. ebd.).

Auch die Befragung der Journalisten der "Thüringer Allgemeine" bestätigt eine Dominanz des Informationsjournalismus. Mehrheitlich nennen die Journalisten Information, Kritik und Kontrolle sowie Service als ihre Aufgaben. Unterschiede zeigen sich nur in

der Reihung der Funktionen und nicht zwischen den Ressorts. Der Leiter der Lokalredaktion Erfurt und seine Stellvertreterin sehen sich beispielsweise in erster Linie als Informanten der Rezipienten, die vielfältige gesellschaftliche Stimmen durchaus polarisierend in der Meinung darstellen wollen, um die Meinungsbildung der Leser zu fördern. Kritik und Kontrolle sowie der Servicecharakter der Lokalzeitung führen sie als nachrangige Aufgaben an. Ähnlich beschreibt die stellvertretende Leiterin der Landesredaktion ihr Berufsbild: Probleme aufdecken und "Dinge fördern" (zit. nach Riesmeyer 2006: 211) nennt sie als Ziel ihrer Arbeit. Auch sie betont die Service- und Informationsfunktion einer regionalen Tageszeitung, um die Leser jeden Tag durch interessante Themen an die Zeitung zu binden. Die Tageszeitung sei ein "Kulturgut" (ebd.), jeder Leser müsse in ihr das finden, was ihn interessiert, fordert sie. Eine andere Reihenfolge der Funktionen setzt der Leiter der Landesredaktion. Ihm ist die Kritik- und Kontrollfunktion wichtiger als die Information, die er erst an zweiter Stelle nennt. Seine Rolle beschreibt er als "Beobachter", "Widerspiegeler" und "wohlwollender Kritiker" (ebd.).

Festzuhalten ist, dass die journalistischen Rollenselbstbilder die Funktionswahrnehmung und -ausübung beeinflussen können. In der Kommunikationswissenschaft ist aber der Zusammenhang zwischen Berufsrolle und Handlungsrelevanz umstritten (vgl. Scholl 2003: 328–332). Weischenberg et al. weisen darauf hin, dass das Rollenselbstverständnis "nicht identisch mit der tatsächlich ausgefüllten Rolle oder sogar mit dem konkreten Handeln innerhalb dieser Rolle sein muss" (1994: 160). Gerade auch, weil eine Vielzahl von Faktoren mitbestimmen, wie die Journalisten agieren (können). "Organisatorische, technische, politische und ökonomische Bedingungen [schränken] die Möglichkeiten ein, bestimmte Rollenvorstellungen im Berufsalltag auch zu realisieren" (Weischenberg et al. 2006: 355). Zwar steht der normativ-rechtliche Kontext fest, aber die ökonomischen Rahmenbedingungen ändern sich, was sich auf die redaktionellen Handlungsmuster und Aufgaben auswirkt. Aus dieser Entwicklung ergibt sich die Frage nach der Qualität der Berichterstattung und deren Sicherung.

Herausforderungen des Journalismus im 21. Jahrhundert

Die Furcht, dass Journalismus an Recherchekraft einbüßen und damit die Funktionsausübung und die Qualität gefährdet sein könnten, besteht sowohl seitens der Kommunikationswissenschaft als auch der journalistischen Praxis. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gründete sich das Netzwerk Recherche (2003), das Recherchetechniken vermitteln und auf die Relevanz der Recherche als Instrument der Funktionserfüllung hinweisen will. Das Netzwerk veranstaltet Weiterbildungskurse und will vor allem junge Journalisten in Recherchetechniken schulen.

Doch es existieren noch weitere Vorschläge, wie die Qualität des Journalismus gemessen an seinen Leistungen und Funktionen gesichert werden kann. Übereinstimmend gehen alle Vorschläge davon aus, dass sich die Journalisten auf ihre ureigene Informationsfunktion besinnen und Themen finden sollten. Hans Leyendecker (2003: 33) meint, dass dem Publikum eine ergebnisoffene Recherche geboten werden muss, so dass es merkt, "die meinen es ehrlich. Deswegen finde ich Konkurrenten im eigenen Blatt so wichtig. Der Leser glaubt doch ohnehin nicht, dass jedes Wort stimmt, das in der Zeitung steht. Wenn man Prozesse transparenter machte, wäre insgesamt für den Journalismus etwas gewonnen." Zur Recherche gehört die Reflexion der Informationsquellen. Diese wird umso bedeutender, wenn sich die PR-Akteure als Dienstleister und Informationsanbieter der Journalisten sehen (vgl. Siepmann 2005: 50), in der Bevölkerung unter Public Relations eine "Form von Journalismus" (Bentele/Seidenglanz 2004: 47) verstanden wird und auf den Webseiten von journalistischen Berufsverbänden Public Relations und Journalismus in einem Atemzug genannt werden.

Die Voraussetzung für diese Ausrichtung des Journalismus liegt in der Ausstattung der Redaktionen mit den nötigen Ressourcen: "Soll der Journalismus seine Unabhängigkeit gegenüber der Öffentlichkeitsarbeit bewahren (oder wieder ausbauen?), benötigt er selbstverständlich die Ressourcen, welche Autonomie erst ermöglichen. Verfügen die Informationsbereitsteller über eine grössere Professionalität als die Informationssammler, dann darf es nicht verwundern, wenn die PR-Pragmatiker den Journalismus dominieren" (Löffelholz 1994: 18). Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation im Printjournalismus sind die Möglichkeiten, die finanziellen und personellen Ressourcen der Redaktionen auszubauen, kritisch einzuschätzen.

Wie könnte unter den gegebenen Bedingungen die Zukunft des Printjournalismus aussehen? Welche Perspektiven bieten sich den Journalisten? Stephan Russ-Mohl entwarf zum 60. Geburtstag der "Frankfurter Rundschau" zwei Szenarien zur Zukunft der Qualitätszeitungen. Während das erste Szenario durch einen hoffnungsvollen Ausblick gekennzeichnet ist, in dem die Tageszeitung zum Alltag gehört und von Jugendlichen verstärkt gelesen wird, zeichnet das zweite ein düsteres Bild von der Macht der Zeitungskonzerne, der Monopolisierung auf dem Pressemarkt und dem Einfluss der Public Relations auf den Journalismus, der sich fernsteuern lässt (vgl. Russ-Mohl 2005: 2).

Um die Zukunft der Tageszeitung zu sichern, finden sich in erster Linie Vorschläge, die die Berichterstattung betreffen. Diese solle sich durch Vielfalt, Ordnung und lokale Orientierung auszeichnen (vgl. Berger/Grüner 2005: 36). Denn im Lokalen liege die Zukunft der Tageszeitung. Nur dort fänden die Leser Informationen, die ihnen kein anderes Medium bieten könne. Der Lokalteil der Tageszeitungen müsse ausgebaut, lokale Themen auf die Titelseite gesetzt werden. Diese Massnahmen könnten laut Klaus Schönbach (vgl. 1997: 118) Leser binden und/oder neu hinzugewinnen. Schönbach (2005) appelliert an die Verantwortlichen, sich für eine inhaltlich vielfältige Berichterstattung zu entscheiden. "Regionale Abonnementzeitungen müssen in ihren Themen so vielfältig wie möglich sein, am besten sogar täglich und nicht verstreut über die Woche. [...] Zugleich gilt es aber, diese Vielfalt gebündelt anzubieten. Inhaltsverzeichnisse müssen sein, Farbleitsysteme, eine verlässliche Architektur innerhalb des Buches, ja sogar auf jeder einzelnen Seite" (Schönbach 2005: 349). Die viel diskutierte Umstellung auf das Tabloid-Format ist seiner Meinung nach keine Alternative, da dieses Zeitungsformat zu wenig Platz für eine solche Berichterstattung biete.

Laut einer Umfrage der Hamburger Akademie für Publizistik (2004) wollen die Chefredakteure regionaler Tageszeitungen in Deutschland ihr Medium profilieren, indem sie kurz- und langfristig auf Verbraucher- und Servicethemen setzen, die Regionalberichterstattung stärken und Jugendthemen favorisieren. Formal betrachtet streben sie nach der Vermittlung von mehr Hintergrundinformation, Veränderungen im Layout erwägen sie (vgl. Grüner/Jessen 2004: 29).

Strukturell kann die Zukunft der Tageszeitungen nach Meinung der befragten Chefredakteure gesichert werden, wenn die Redaktionsstrukturen hin zum *newsdesk* umgebaut werden, ein Reporterpool aufgebaut wird und weniger Agenturmaterial Verwendung findet. Diese Massnahmen sind aber unter den Journalisten umstritten. Der Deutsche Journalisten-Verband befürchtet, dass es zu einer "Aufspaltung des Personals in organisierende und schreibende Journalisten" kommen wird (Lungmus 2006: 17). Damit ginge ein Wandel des journalistischen Berufsbildes einher, was wiederum die Frage nach der journalistischen Funktionserfüllung und den Redaktionsaufgaben aufwirft. Unklar ist bislang, was es für den einzelnen Journalisten, seinen Alltag, seine Arbeitsweise und Berufszufriedenheit bedeutet, wenn er seine Ressortzugehörigkeit verliert und in einen Reporterpool eingegliedert wird. Noch fehlen die Erfahrungswerte.

Dr. Claudia Riesmeyer arbeitet am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Der Aufsatz beruht auf der Dissertation von Claudia Riesmeyer (2006), welche die Einflussfaktoren auf die journalistische Informationsselektion und -produktion analysiert. Gegenstand der Forschung war die "Thüringer Allgemeine", die im Jahr 2004 auf ihre redaktionellen Ressourcen und Routinen untersucht wurde. Zur Anwendung kamen Leitfadenterviews mit Journalisten, die teilnehmende Beobachtung des redaktionellen Alltags und eine Input-Output-Analyse.

Literatur

Alger, Dean (1998): Megamedia. How Giant Corporations Dominate Mass Media. Lanham.

Baerns, Barbara (1991): Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Köln.

BDZV (2007): Plus im Osten, Minus im Westen:
<http://www.bdzv.de/anzeigenmarkt+M5770fe7b5f7.html>

Bentele, Günter/ Seidenglanz, René (2004): Das Image der Image-Macher. Leipzig.

Berger, Peter/ Grüner, Ulf (2005): Die Rettung im Nutzwert. In: Journalist, 6/2005, S. 36–37.

Bundesverfassungsgericht (1958): Lüth-Urteil. In: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Band 7, S. 198–230 (BVerfGE 7, 198 – Lüth).

Bundesverfassungsgericht (1966): Spiegel-Urteil. In: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Band 20, S. 162–230 (BVerfGE 20, 162 – Spiegel).

Ehrhardt, Sabine (2004): Mein Qualitätsanspruch zwingt mich zu Überstunden. In: Menschen machen Medien, 4/2004, S. 9–10.

Grüner, Ulf/ Jessen, Silke (2004): Regionalzeitungen 2004. Situation – Trends – Perspektiven. Hamburg: <http://www.afph.de/rz/afp-rz2004.pdf>

Heck, Karl (1968): Grundgesetz und Pressekonzentration. In: Archiv für Presserecht, 8/1968, S. 701–706.

Kaiser, Ulrike (2005): Geschlossenheit und Kompetenz. In: Journalist, 12/2005, S. 24–29.

Knoche, Manfred (1997): Medienkonzentration und publizistische Vielfalt. In: Renger, Rudi/ Siegert, Gabriele (Hrsg.): Kommunikationswelten. Innsbruck, Wien, S. 123–158.

Knoche, Manfred/ Schulz, Winfried (1969): Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen. In: Publizistik, 3/1969, S. 298–310.

Köcher, Renate (1985): Vom Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten. München.

Leyendecker, Hans (2003): Jedem seine Verschwörung. Interview mit Stefan Niggemeier. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 42/2003, S. 33.

Löffelholz, Martin (1994): Pragmatiker, Skeptiker oder Kritiker. Was Journalistinnen und Journalisten über Öffentlichkeitsarbeit denken. In: Menschen machen Medien, 10/1994, S. 16–18.

Lungmus, Monika (2003): Der Rotstift regiert. In: Journalist, 9/2003, S. 26–27.

medien heft

Lungmus, Monika (2006): Die rote Gefahr. In: Journalist, 9/2006, S. 10–18.

Murdock, Graham (1994): The new Mogul empires. Media concentration and the control in the age of convergence. In: Media Development, 4/1994, S. 4–6.

Netzwerk Recherche (2003) (Hrsg.): Trainingshandbuch Recherche. Informationsbeschaffung professionell. Opladen.

Pasquay, Anja (2007): Die deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten. Auszug aus dem Jahrbuch "Zeitungen 2006". Berlin.

Riesmeyer, Claudia (2006): Das Verhältnis zwischen Journalismus und Public Relations. Ressort und Status der Informationsquelle als Einflussfaktoren. Eine Fallstudie am Beispiel der Thüringer Allgemeine. Göttingen: <http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2006/riesmeyer/riesmeyer.pdf>

Röper, Horst (2006): Probleme und Perspektiven des Zeitungsmarktes. In: Media Perspektiven, 5/2006, S. 283–297.

Russ-Mohl, Stephan (2005): Die FR im Jahr 2020: http://www.fr-online.de/verlagsservice/ueber_die_fr/60_jahre_frankfurter_rundschau/?em_cnt=719997&

Scholl, Armin (2003): Die Befragung. Konstanz.

Schönbach, Klaus (1997): Erfolgreiche Tageszeitungen: ein Fazit. In: Schönbach, Klaus (Hrsg.): Zeitungen in den Neunzigern: Faktoren ihres Erfolges. 350 Tageszeitungen auf dem Prüfstand. Bonn, S. 113–120.

Schönbach, Klaus (2005): Das Eigene im Fremden. Zuverlässige Überraschung: Eine wesentliche Medienfunktion? In: Publizistik, 3/2005, S. 344–352.

Siepmann, Ralf (2005): Dornröschen wach geküsst. In: Journalist, 12/2005, S. 49–50.

Weischenberg, Siegfried (1998): Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Band 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen. Opladen.

Weischenberg, Siegfried/ Löffelholz, Martin/ Scholl, Armin (1994): Journalismus in Deutschland II: Merkmale und Einstellungen von Journalisten. In: Media Perspektiven, 4/1994, S. 154–167.

Weischenberg, Siegfried/ Malik, Maja/ Scholl, Armin (2006): Journalismus in Deutschland 2005. In: Media Perspektiven, 7/2006, S. 346–361.

Der Text befindet sich im Internet unter:

http://www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k07_RiesmeyerClaudia.html